



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK
EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ

Donnerstag, 5. Februar 2009

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zur heutigen Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Kommissar Almunia teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat auf der heutigen Sitzung beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Wie bei unserem Zinsbeschluss vom 15. Januar 2009 erwartet, bestätigen die jüngsten Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse, dass das Euro-Währungsgebiet und seine wichtigsten Handelspartner derzeit einen länger anhaltenden deutlichen Konjunkturabschwung erleben. Dementsprechend lassen sowohl der externe als auch der binnenwirtschaftliche Preisdruck nach. Wir gehen weiterhin davon aus, dass die Teuerungsraten im Eurogebiet auf die für die Geldpolitik relevante mittlere Frist im Einklang mit Preisstabilität stehen und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum stützen. Diese Einschätzung wird durch die verfügbaren Indikatoren für die mittelfristigen Inflationserwartungen untermauert. Außerdem wird sie durch die weitere Verlangsamung des Geldmengen- und Kreditwachstums im Euroraum bestätigt. In vollem Einklang mit seinem vorrangigen Ziel wird der EZB-Rat die Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert halten, das seiner Definition von Preisstabilität,

nämlich einer Teuerungsrate von mittelfristig unter, aber nahe 2 %, entspricht. Dies stützt ein nachhaltiges Wachstum sowie die Beschäftigung und trägt zur Finanzstabilität bei. Insgesamt bleibt der Grad der Unsicherheit außerordentlich hoch. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Infolge der Verschärfung und Ausweitung der Finanzmarkturbulenzen hat sich die Konjunktur weltweit, auch im Euro-Währungsgebiet, deutlich abgeschwächt. Die Auslandsnachfrage nach Exporten des Euroraums ist zurückgegangen, und binnenwirtschaftliche Faktoren, insbesondere das sehr geringe Vertrauen und die restriktiven Finanzierungsbedingungen, haben die Inlandsnachfrage beeinträchtigt. Zusammen mit anderen verfügbaren Wirtschaftsdaten für den Euroraum deutet dies für das Schlussquartal 2008 auf einen sehr kräftigen Rückgang des realen BIP gegenüber dem Vorquartal hin.

Diese Informationen stehen mit unserer aktuellen Analyse und vorausschauenden Beurteilung im Einklang. Wir gehen für die kommenden Quartale unverändert von einer anhaltenden Konjunkturschwäche im Euro-Währungsgebiet aus, da sich die Finanzmarktspannungen weiter auf die Welt- und die Binnenwirtschaft auswirken. Gleichzeitig sollten die seit Mitte 2008 sehr stark rückläufigen Rohstoffpreise in nächster Zeit das real verfügbare Einkommen und damit den Konsum stützen. Zuletzt waren in einigen Umfragedaten erste Anzeichen einer Stabilisierung, wenn auch auf historisch niedrigem Niveau, zu erkennen. Diese Hinweise bedürfen jedoch einer Bestätigung auf breiterer Basis.

Nach Auffassung des EZB-Rats sind die Konjunkturaussichten nach wie vor mit einer außergewöhnlich großen Unsicherheit behaftet. In Bezug auf das Wirtschaftswachstum überwiegen insgesamt weiterhin eindeutig die Abwärtsrisiken. Diese stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit potenziell größeren Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Realwirtschaft sowie mit Bedenken hinsichtlich des Auftretens und der Intensivierung von Protektionismusbestrebungen sowie möglicher ungünstiger Entwicklungen in der

Weltwirtschaft aufgrund einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Das Euro-Währungsgebiet sollte im Zeitverlauf von den Auswirkungen der in den vergangenen Monaten beschlossenen umfangreichen politischen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzmarkturbulenzen profitieren. Diese Maßnahmen sollten das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherstellen und zu einer Lockerung der Beschränkungen des Kreditangebots an Unternehmen und private Haushalte führen. Um zu gewährleisten, dass diese Maßnahmen effektiv eine nachhaltige Erholung begünstigen, ist es von größter Bedeutung, dass sie weiterhin zielgerichtet und vorübergehender Natur sind, um eine stabilitätsorientierte und mittelfristige Ausrichtung der gesamtwirtschaftlichen Politik beizubehalten.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so ging der Vorausschätzung von Eurostat zufolge die Jahresänderungsrate der HVPI-Inflation weiter zurück und fiel von 1,6 % im Dezember 2008 auf 1,1 % im Januar 2009. Für den Januar liegt zwar noch keine detaillierte Aufgliederung der HVPI-Entwicklung vor, doch der seit Mitte 2008 zu beobachtende Rückgang der Gesamtinflation ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die globalen Rohstoffpreise in diesem Zeitraum vor allem angesichts der schwachen weltweiten Nachfrage erheblich gesunken sind.

Mit Blick auf die Zukunft bestätigen die niedrigeren Rohstoffpreise und die sich abzeichnende Nachfrageschwäche unsere Einschätzung von Mitte Januar, dass der Inflationsdruck im Euro-Währungsgebiet abnimmt. Vor allem aufgrund von Basiseffekten infolge der Entwicklung der Energiepreise in der Vergangenheit dürften die jährlichen Gesamtinflationsraten in den kommenden Monaten weiter zurückgehen und möglicherweise in der Jahresmitte sehr niedrige Niveaus erreichen. Allerdings wird erwartet, dass - ebenfalls aufgrund von Basiseffekten infolge früherer Energiepreisentwicklungen - die Inflationsraten in der zweiten Jahreshälfte wieder anziehen werden. Entsprechend dürften die am HVPI gemessenen Teuerungsraten im Laufe des Jahres 2009 stark schwanken. Aus geldpolitischer Sicht ist eine solche kurzfristige Volatilität jedoch

irrelevant. Über die geldpolitisch relevante mittlere Frist hinaus wird davon ausgegangen, dass die jährliche HVPI-Inflation im Einklang mit Preisstabilität stehen wird. Die verfügbaren Indikatoren für die mittelfristigen Inflationserwartungen untermauern diese Einschätzung.

Was die Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht anbelangt, so könnten ein unerwarteter weiterer Rückgang bei den Rohstoffpreisen oder eine stärker als vermutet ausfallende Konjunkturabschwächung die Inflation dämpfen, während Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität insbesondere dann auftreten könnten, wenn sich der jüngste Rückgang der Rohstoffpreise umkehren würde oder sich der inländische Preisdruck stärker erweisen sollte als angenommen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Preis- und Lohnsetzer ihrer Verantwortung in vollem Umfang gerecht werden.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen die jüngsten Daten eine anhaltende Abschwächung der Grunddynamik des Geldmengenwachstums im Eurogebiet und untermauern die Einschätzung einer Abnahme des Preisdrucks.

Im Hinblick auf die Analyse der monetären Entwicklung ist anzumerken, dass die Verschärfung und Ausweitung der Finanzmarkturbulenzen seit September 2008 die Entwicklung der Geldmengenaggregate möglicherweise erheblich beeinflussen könnte. Hier haben sich bereits deutliche Auswirkungen auf das Verhalten der Marktteilnehmer ergeben, wie sich an den jüngsten Daten zur Entwicklung der Geldmenge und der Kreditvergabe ablesen lässt. Sowohl das weit gefasste Geldmengenaggregat M3 als auch seine Komponenten – insbesondere jene, die die engsten Verbindungen mit den derzeitigen Spannungen an den Finanzmärkten aufweisen wie z. B. Geldmarktfondsanteile, – schwanken zuletzt von Monat zu Monat stark. Blickt man so weit wie möglich auf die Grundausrichtung hinter dieser Volatilität, so schwächt sich die Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge gegenüber dem Anfang 2007 verzeichneten Höchststand weiterhin allmählich ab. Die Verschärfung der Finanzmarktspannungen seit September 2008 führt jedoch zu einer erheblichen Substitution innerhalb der Komponenten von M3.

Was die Entwicklung der Bankkredite betrifft, so verringerte sich die Vergabe von MFI-Krediten an den privaten Sektor im Jahresverlauf 2008, was größtenteils auf die schwache Kreditvergabe an private Haushalte (insbesondere bei Wohnungsbaukrediten) zurückzuführen war. Im Dezember sank die Zahl der ausstehenden MFI-Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen jedoch zum ersten Mal seit Beginn der Finanzmarkturbulenzen und bestätigte somit die signifikante Abschwächung bei den Unternehmenskrediten zum Jahresende nach einem langen Zeitraum dynamischen Wachstums. Gleichzeitig hat sich die deutliche Senkung der EZB-Leitzinsen seit Oktober 2008 offensichtlich in niedrigeren Kreditzinsen der Banken niedergeschlagen, wodurch sich die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen und die privaten Haushalte entschärft haben. Zudem gibt es einige Anzeichen dafür, dass sich die Verschärfung der Kreditrichtlinien der Banken stabilisiert, wenngleich historisch betrachtet auf einem hohem Niveau. Insgesamt müssen die eingehenden Informationen hinsichtlich der Finanzierungsbedingungen genau und kontinuierlich überwacht werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die jüngsten Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse – wie bei unserem Zinsbeschluss vom 15. Januar 2009 erwartet – bestätigen, dass das Euro-Währungsgebiet und seine wichtigsten Handelspartner derzeit einen deutlichen Konjunkturabschwung erleben. Dementsprechend lassen sowohl der externe als auch der binnenwirtschaftliche Preisdruck nach. Wir gehen weiterhin davon aus, dass die Teuerungsraten im Eurogebiet auf die für die Geldpolitik relevante mittlere Frist im Einklang mit Preisstabilität stehen und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum stützen. Diese Einschätzung wird durch die verfügbaren Indikatoren für die mittelfristigen Inflationserwartungen untermauert. Auch die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt vor dem Hintergrund einer weiteren Verlangsamung des Geldmengen- und Kreditwachstums im Euro-Währungsgebiet diese Beurteilung. In vollem Einklang mit seinem vorrangigen Ziel wird der EZB-Rat die Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert halten, das seiner Definition von Preisstabilität, nämlich einer Teuerungsrate von mittelfristig

unter, aber nahe 2 %, entspricht. Dies stützt ein nachhaltiges Wachstum sowie die Beschäftigung und trägt zur Finanzstabilität bei. Insgesamt bleibt der Grad der Unsicherheit außerordentlich hoch. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die **Finanzpolitik** betrifft, so geht die Europäische Kommission in ihrer Zwischenprognose vom Januar 2009 für das laufende Jahr von einem deutlichen Anstieg des Haushaltsdefizits im Euro-Währungsgebiet auf durchschnittlich 4,0 % des BIP aus, verglichen mit 1,7 % im Jahr 2008. Diese rasche Verschlechterung der Haushaltslage ist in den Ländern des Euroraums weit verbreitet und auf den wirtschaftlichen Abschwung, weitere Steuerausfälle sowie die von vielen Regierungen beschlossenen Konjunkturprogramme zurückzuführen. Die Kommission erwartet derzeit, dass sieben Euro-Länder 2009 den Referenzwert für das Haushaltsdefizit von 3 % des BIP überschreiten werden. Darüber hinaus haben viele Regierungen umfangreiche Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Banken zur Verfügung gestellten Garantien übernommen und müssen diese Kapitalzuführungen zugunsten des Finanzsektors nun finanzieren. Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu stärken, ist es daher unabdingbar, dass sich die Regierungen baldmöglichst wieder einem glaubwürdigen Bekenntnis zu den mittelfristigen Haushaltszielen zuwenden.

Im Hinblick auf die **Strukturpolitik** ist es wichtig, den in der Lissabon-Agenda verankerten langfristigen Reformkurs fortzusetzen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es von entscheidender Bedeutung, eine Wirtschaftspolitik im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb zu verfolgen und protektionistischem Druck zu widerstehen. Zudem sollten Güter- und Dienstleistungsmarktreformen den Wettbewerb stärken und dazu beitragen, eine wirksame Restrukturierung zu beschleunigen. Arbeitsmarktreformen sollten eine angemessene Lohnsetzung sowie eine sektoren- und regionenübergreifende Mobilität der Arbeitskräfte erleichtern. Dies ist besonders für jene Bereiche und Sektoren von Bedeutung, die vom negativen Nachfrageschock stark betroffen sind. In einigen Ländern ist es darüber hinaus

entscheidend, dass Maßnahmen im Hinblick auf die kumulativen Wettbewerbsverluste der vergangenen Jahre ergriffen werden.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.